

SOZIALISTEN

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Sozialisten“ erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikations-Organ der sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Verbände. Schriftleitung: G. Wäckerling & Fernsprechamt Halle Nr. 2405, 2407, 2505. Persönliche Anwesenheit mit dem von 1 bis 2 Uhr. — Einzelne Exemplare kosten 15 Pfennig bei Vorbestellung 10 Pfennig.

Belegpreis monatlich 2,20 RM, u. 2,30 RM. Belegpreis halbjährlich 12,00 RM, u. 12,60 RM. Belegpreis jährlich 22,00 RM, u. 23,00 RM. Durch den Postweg zu beziehen. — Einzelne Exemplare 15 Pfennig, im Abonnement 10 Pfennig. In den Reichsteilen der Reichspostverwaltung: G. Wäckerling & Fernsprechamt Halle Nr. 2405, 2407, 2505. Postfachnummer 20319 Halle.

Einheit und Disziplin

Bei vollster Wahrung der Meinungs-freiheit

Von Ernst Seebitz.

Der Beschluß des sozialdemokratischen Parteiausführes gegen Reichstagsabgeordnete innerhalb der Partei war sicherlich für viele Parteimitglieder eine Ueberraschung. Man kam in letzter Zeit zwar bei Spaltungsbewegungen des Herrn Rücker von der Friedenseigenen Partei, die er mit Gründung seiner „sozialistischen Arbeitergemeinschaft“ betriebe. Die Ablehnung dieser die Einheit der Sozialdemokratie bedrohenden Spaltungsbewegung war allgemein. Jeder Sozialdemokrat, dem die Partei in langjähriger Zusammenarbeit aus Freigewissen war, mußte sich gegen Gründung einer neuen Organisation wenden, die den Stempel persönlicher Machtpolitik allzu sehr auf der Stirn trug. Einige Parteimitglieder haben zwar behauptet, daß der Parteiausfuhr der SPD, die Entlassung gegen sich hat: Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie mit der Mitgliedschaft in der Deutschen Friedenseigenen Partei. Es wurde darauf hingewiesen, daß durchaus nicht alle Ortsgruppen der Friedenseigenen Partei mit der für die Sozialdemokratie so schädlichen Tätigkeit des Herrn Rücker einverstanden seien. Das ist sicherlich richtig. Aber viele Ortsgruppen haben keine Aufgabe, dafür zu sorgen, daß Rücker und seine Gefolgsleute aus der Leitung der Friedenseigenen Partei verdrängt werden, daß durch sie selbst eine positive Organisation geschaffen wird, die gewillt ist, mit der größten Partei Deutschlands, die gleichzeitig die wichtigste politische Kampforganisation des Friedensgebiets ist, endlich zusammenzuarbeiten.

Die fast gänzlich übereinstimmende der gesamten sozialdemokratischen Organisation um Rücker zu diesem Beschlusse kommt klar zum Ausdruck in einem Artikel des Reichstagsabgeordneten Karl Böcker, der zum linken Flügel der SPD gehört, in der Gemüthlich „Vollstimmte“ oder kurzlich heißt:

„Es kann und darf nicht geschehen werden, daß führende Reaktionen der Friedenseigenen Partei in Reichstags- und Parteimitgliedern angegriffen und herabgesetzt, sondern auch den Versuch gemacht werden, durch die Bildung der „Arbeitsgemeinschaft für sozialistische Politik“ eine neue Partei anzuschließen. Das diese neue Partei nicht anders wäre als eine weitere kurzlebige Schöpfung der Kraft des Proletariats, bedarf für jeden vernunftbegabten Sozialdemokraten kaum der Erwähnung.“

Schwieriger und für die Partei bedauerlicher liegen die Dinge auf dem Gebiet der Organisations- und Pressegründungen, die von einigen Mitgliedern des linken Flügels der Partei in den letzten Monaten vorgenommen worden sind. Es ist nicht selbstverständliche Tradition der Sozialdemokratie, daß Meinungs-freiheit in ihren Reihen so leicht gemacht wird. August Bebel hat das innerlich zum Ernter Parteitag 1891 deutlich zum Ausdruck gebracht, als er sprach:

„Der fruchtigste Ausdruck von Meinungsverschiedenheiten über die Politik der Partei, und zwar unter den Führern selbst, besteht am schlagendsten, daß die Meinungs-freiheit innerhalb der Partei ein Lebensprinzip bei ihr ist, ein selbstverständliches Recht, von dem die Führer selbst den vollsten und umfangreichsten Gebrauch machten.“

Diese von Bebel ausgesprochenen Grundsätze wurden stets von der Sozialdemokratie hochgehalten. Das zeigte sich Anfang der 90er Jahre, als die Parteimeinung unter Bebel, Wilhelm Pieckhoff und Paul Singer in heftigen Kämpfen mit der Linkspartei, den sogenannten Junggen, lag. Auch damals wurden diese Grundsätze befolgt bei den Auseinandersetzungen im ersten Jahrestag des neuen Jahrsfunderts, als die Revisionisten unter Führung Edward Bernstein und Ludwig Franz eine Reorganisation der Partei nach rechts hin erstrebten. Möchte es auf den Parteitag damals auch häufig noch so heiß hergehen, immer fand sich die Partei schließlich zu einheitlichen Aktionen zusammen und die Meinungen des Einzelnen auf Spaltung der Partei und damit Schmä-

Disziplinbruch einer Parteigruppe

Acht sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete mißachten den Beschluß des Parteiausführes der SPD.

Der sozialdemokratische Parteiausfuhr hat am Dienstag dieser Woche gegen eine Stimme beschlossen, daß die Zugehörigkeit zur „Deutschen Friedenseigenen Partei“ unvereinbar sei mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Gegen drei Stimmen hat der Parteiausfuhr das gleiche beschlossen für alle diejenigen, die sich an Sonderbestrebungen beteiligen, wie sie durch die Gründung und Unterhaltung der „Freien Arbeitsgemeinschaft“ als der Vorläuferin der „sozialistischen Arbeitergemeinschaft“ bezeichnet werden können.

Gegen diesen Beschluß verfaßten in der neuesten Nummer der „Halle“ die „Freie Arbeitsgemeinschaft“ und die Redaktion der „Halle“ eine Erklärung, der sich folgende acht sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete angeschlossen haben: Dettlinghaus, Portune, Dr. Rosenfeld, Dr. Clemens, Seebitz, Strödel, Jäger und Bergmann (Hamburg). In dieser Erklärung wird behauptet, daß der Beschluß des sozialdemokratischen Parteiausführes den Beginn eines „Gewaltenspiels“ und eines „Reinigungsaktes“ bedeute, dem entgegenzutreten die Unterzeichner als parteiunabhängige Pflicht empfinden. Auch die Zugehörigkeit zur Deutschen Friedenseigenen Partei könne nicht als parteiunabhängig betrachtet werden. An alle, die mit den Unterzeichnern übereinstimmen, wird die Mahnung gerichtet, ihnen „bei dem schmerzlichen Wert zu helfen“.

Demgegenüber stellen wir fest: Wegen der Vorgänge in der Friedenseigenen Partei hat bereits am 9. September der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dietrich (Thüringen) seinen Austritt aus der Friedenseigenen Partei mit folgender Begründung erklärt:

„Von der Deutschen Friedenseigenen Partei gehen Bestrebungen aus, eine neue sozialistische Partei zu gründen. Die „Arbeitsgemeinschaft für sozialistische Politik“, die ihre Bekanntmachungen in der Zeitung „Das andere Deutschland“ erläßt, ist als vorbereitende Stelle für diese Bestrebungen zu betrachten. Die Gründung einer neuen sozialistischen Partei ist eine Schädigung der Deutschen Friedenseigenen Partei nicht mehr in der Lage, Mitglied der Deutschen Friedenseigenen Partei zu bleiben. Ich erkläre deshalb hiermit meinen Austritt.“

Nicht wegen der politischen Betätigung der Friedenseigenen Partei, sondern wegen der von ihr geleiteten Gründung einer neuen sozialistischen Partei ist die Mitgliedschaft zur Deutschen Friedenseigenen Partei für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei erklärt worden. Unklar aber ist auch in jeder Beziehung die Behauptung, daß die Meinungs-freiheit in der Sozialdemokratie unterdrückt werden soll. Daß die Meinungs-freiheit in der Sozialdemokratie in keiner Weise angefochten wird, beweisen folgende weitere Tatsachen:

Der Abg. Seebitz, der Mitorganisator der „Halle“, ist Schriftleiter der sozialdemokratischen Tageszeitung „Sozialisten“.

Die Arbeiterklasse blieben unerschüttert. Daß die Sozialdemokratie die organisierte Einheitlichkeit verlor, ist eines der tragischen Kapitel des Weltkrieges.

Die sogenannte Arbeiterpartei der Sozialdemokratie und die USPD, fanden sich 1922 auf dem Einigungs-parteitag in Gotha wieder. Es war darauf abgesehen, daß es in der geeinigten großen Partei verschiedene Strömungen geben würde. Diese wurden auch niemals unterdrückt. Der geniale, leider so früh verstorbenen Genosse Paul Bedi konnte in der Vereinigten Sozialdemokratie eine Korrespondenz herausgeben, in der er häufig scharf gegen die offizielle Politik der Partei Stellung nahm. Genoss Bedi hatte eine Parteigruppe von Führern eine Zeitschrift „Der Klassenkampf“ (nicht zu verwechseln mit dem Re-

nemond verwehrt ihm, dort jeden Tag seine Meinung zu sagen.

Der „Klassenkampf“, die Halbmonatschrift der Abgeordneten Seebitz, Rosenfeld und Strödel, die in der ebenfalls jeder unterzeichnete abweichende Meinung über die Parteizustände laun, ist in dem Beschluß des Parteiausführes ausdrücklich unzulässig geblieben. Hinter der Herausgabe der „Halle“, der „Freien Arbeitsgemeinschaft“ und der „Marxistischen Arbeitergemeinschaft“ steht nur ein kleiner Teil der mit der gegenwärtigen tatsächlichen Haltung der Sozialdemokratie nicht übereinstimmenden sogenannten Opposition. In der Parteiausführung vom Dienstag hat sich der Vorsitzende der Bezirksorganisation von Chemnitz, Jüdow, eindeutig von diesen Bestrebungen distanzieren. Er erklärte ausdrücklich, er habe sich an diesen Bestrebungen nie beteiligt und er stelle die Einheit der Partei über alles.

Daß die Unterzeichner der Erklärung sich eben von der gleichen Haltung zur Erhaltung der Einheit der Partei leiten ließen, muß jetzt beweiselt werden. Zum Beweis für diese Auffassung wollen wir für heute nur noch auf zwei Tatsachen hinweisen:

Uns liegt ein Rundschreiben der „Freien Arbeitsgemeinschaft“ vom 22. September (1) vor, in dem mitgeteilt wird, daß man unbedingt in der bisherigen Auffassung verbleibe, und daß die „Halle“ in erster Linie herausgegeben werde. Wenn zwei Tage nach der Sitzung des Parteiausführes bereits die Erklärung der „Freien Arbeitsgemeinschaft“ von acht sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten unterzeichnet worden ist, von denen die meisten außerhalb Berlins wohnen, so kann man daraus wohl auch einen gewissen Rückschluß ziehen, wie sorgsam die jetzige Aktion vorbereitet ist und wie eng die hinterorganisationsartigen Verbindungen bereits bestehen sind.

Bei alledem ist zu berücksichtigen, daß im Jahre 1926 auf dem Heidelberger Parteitag unter der Führung von Seebitz die Bräuner Parteigruppen von dem Parteitag angenommenen Antrag stellte, durch den Sonderbestrebungen und Sonderveranstaltungen jeglicher Art verboten wurden. Die Meinungs-freiheit ist in der Sozialdemokratie in keiner Weise bedroht. Bedroht ist die Einheit der Partei durch Sonderbestrebungen und Sonderbestrebungen einer kleinen Gruppe, deren Disziplin nicht ausreicht, sich dem Gange einzufügen.

Was sich daraus zwangsläufig ergibt, ist zum Schluß der am Dienstag vom Parteiausfuhr der SPD einstimmig angenommenen Entschlüsse eindeutig niedergelegt. Dort heißt es: „Der Parteiausfuhr fordert den Parteivorstand auf, alle zur Erhaltung der Parteieinheit und zur Wahrung der Sonderbestrebungen notwendigen Schritte anzunehmen.“

denkstatt in Halle) gründen, in der sie ihre von der Parteimeinung abweichende Meinung ungehindert zum Ausdruck brachten. Auch in einzelnen Organisationen der Partei ist dieser Meinungs-kampf nie unterdrückt worden. Gerade die Presse, die sich um den „Klassenkampf“ scharten, haben jederzeit ihre freie Stellung gegenüber einer Reichsgruppe der Partei in Göttingen, als diese gegen den Willen der Organisationsleitung eigene Wege ging, die (sicherlich noch einem erst später gegründeten) zur Spaltung und Gründung einer neuen politischen Partei, der sogenannten „Freien Sozialdemokratie“ führen mußten.

Diese Gefahr liegt heute auch jetzt wieder vor, nur daß die Fronten gewechselt haben. Die Partei ausgeder der schon erwähnten Zeitschrift „Klassen-

kampf“, die Verossen Seebitz und Strödel, begünstigt sich heute nicht mit der Schöpfung einer literarischen Form zur Verkündung ihrer sozialistischen Anschauungen. Schon vor Monaten erlebte sie einen „Wohntag“, in welchem zur Sammlung von Unterschriften für ihre Anschauungen aufgerufen wurde. Solche Maßnahmen sind nach geschichtlichen Gesetzen aber immer der erste Schritt zur Bildung einer Sonderorganisation. Darüber hinaus wurde trotz erster Vermahnung durch den Parteiausfuhr im Juni dieses Jahres von den Vätern des Wohntages eine „Freie Arbeitsgemeinschaft“ gegründet, die seit einigen Wochen eine neue sozialistische Wochenschrift „Die Halle“ herausgibt. Diese gab sich gleich in ihrer ersten Nummer als Kampfbund gegen die Sozialdemokratie zu erkennen. Sie brachte eine „Geburtsanzeige“, in der es heißt:

„Neue Wachen sind es: Erziehung der deutschen Bevölkerung und der Leipziger Demokratie in Berlin die sozialistische Bewegung.“ „Die Halle“ in die Welt geht. Mit der Leipziger Demokratie sind die Bestrebungen der Leipziger Parteigruppe der SPD gemeint. Solch eine verhörmende Stellungnahme zu den Bestrebungen des Parteiausführes verdrängt natürlich den Kampf und tief schädlich Gegenmaßnahmen der Parteileitung bedarf. Letzteres um so mehr, da die „Halle“ auf Grund besondrer Adressenmaterialien verbreitet wird. Demnach ergaben sich die notwendigen Erziehungsaufnahmen, die der Parteimeinung im Interesse der Kampfbewegung der organisierten Einheit der Partei füllen mußte.

Gerade in der jetzigen außerordentlich schwierigen Lage der Partei und der deutschen Arbeiterklasse ist die völlige Aufrechterhaltung der Parteieinheit unbedingte Notwendigkeit. Kritik und Opposition soll nicht durch die Beschlüsse des Parteiausführes unmöglich gemacht werden. Sind sie doch für die Sozialdemokratie eine Lebensnotwendigkeit. Wenn Meinungs-freiheit brutal unterdrückt wird, ist die Gefahr politischer Zerfallung sehr leicht gegeben. Die Sozialdemokratie bedarf auch in der jetzigen Lage, die sich aus der Isolierungspolitik gegenüber Bildung ergibt, eine Opposition als Motivator zur Stärkung ihres Einflusses gegenüber der Reichsregierung. Aber diese Opposition darf nicht hemmungslos sein. Sie muß stets ihre Verantwortung gegenüber der Partei kennen und darf sich nicht zur Sonderbande innerhalb der Partei ausbilden.

Was die Unterzeichnung und Spaltung für die Arbeiterklasse bedeutet, ist bei uns im vorigen Herbst abgedruckt Artikel klar zum Ausdruck. Es ließ in demselben:

„Das aber wissen die kapitalistischen Machthaber nur zu genau, sie kennen die Fertigkeit der Arbeiterklasse, sie schämen die geringe Fertigkeit der Kommunisten und sie wissen viel besser als die Arbeiter, daß sie angefochten der großen Arbeiterklasse die direkte Verschlechterung der Arbeiterverhältnisse nicht hätten wollen, wenn es in Deutschland keine Kommunisten gäbe, wenn das Großkapital wüßte, daß gegen jeden Versuch auf das Selbstrecht des Proletariats der einseitig geschlossene, durch keine Einzelheiten beschränkte einseitige Kampf der proletarischen Klasse folgen würde.“

Die Uneinigkeit des Proletariats stützt die Herrschaft des Großkapitals und hindert die Aktionsfähigkeit der proletarischen Klasse. Diese notwendige Einheit muß die Arbeiterklasse schaffen; sie kann diese Einheit schaffen, wenn sie sich in der SPD und angefochten der Politik der SPD, deren Hauptaufgabe die Befestigung und Bereinigung der Sozialdemokratie ist, nur schaffen in der Sozialdemokratischen Partei und in der freien Gewerkschaften, durch deren Klassenaktionen allein die Herrschaft des Großkapitals gebrochen werden kann.“

Der Verfasser dieser trefflichen Ausführungen war der Genosse Max Seebitz. Die Worte haben heute noch dieselbe Berechtigung wie zur Zeit ihrer Niederschrift. Aber was die kommunistische Bewegung betrifft, jede neue Zerfallszeit der Arbeiterklasse, diese darüber hinaus auch Kritik. Das zeigt deutlich der Verlauf aller Ab-



Entzeit im Schrebergarten

September und Oktober sind die Haupternte-
monate des Schrebergärtners. Des Jahres Mühe
und Arbeit, die auf dem Ernteboden über verbracht
worden sind, wird jetzt belohnt. Erdbeeren, Rhab-
arber und Radiesel schaffen die Ernte aus den Gärten
fort, und keine und große Erträge Herbstblumen
begleiten mit ihrer Farbenpracht den allsehenden
Blick der Schrebergärtner in die Stadtwohn-
ungen. Materielle Vorteil bringt der Schrebergarten
seinem Pächter kaum. Meist ist's Pacht-
land. Dazu kommen im Laufe des Jahres noch
allerlei Unkosten für Düngemittel, für die In-
standhaltung des Gartens, Pflegen und Säme-
ren.

Den Uberschuß bei der Bilanz bringen nur die
schönen Stunden im Frühling und Sommer, wo
der Schrebergärtner in seiner Freizeit sich bei der
Gartenarbeit erholen konnte. Der Mühsalgarten
magt bereits einen sehr komponierten Grund-
satz. Jeder Besucher aus Fremden- und Bekannten-
kreisen, ebenso die Kinder Schwestern mit dem
Grußwort „Schmied dein Heim“ Blumensträuße
benutzt. Nur kurze Zeit wird es noch dauern, dann
wird der Garten wieder völlig leer sein von Früh-
ling, und nur der Winterhof, der Baum- und
Grünhof ist jetzt verbleibt.

Der Schrebergarten bedeutet gerade für den
erwerbslosen Familienoberhaupt einen Anknüpfung
punkt in seiner wirtschaftlichen und seelischen Not. Hier hat
ihn die Wirtschaftskrise noch nicht verdrängt.
Nebenbei bedeutet die im Garten gesammelten
Früchte für seine Küche eine wertvolle Be-
reicherung. Die Frau freut sich über diese, wenn
auch nur vorübergehende Erleichterung im Haus-
halt.

Es hat gewinkt

Die Schulen werden gekickt.

Der Vorstand des Pädagogischen Schrebergarten-
vereins, die gewählte, gegen die Verdrängung der
Schulräume Protest eingeleitet und auf die ge-
sundheitslichen Schädigungen hinge-
wiesen, denen die Schulkinder hierdurch ausgesetzt
sind. Von anderer Seite wird hierzu mitge-
teilt, daß der Stadtschulrat nunmehr die sofortige
Belegung sämtlicher Schulräume angeordnet habe.
In den Schulen, in denen die Belegung wegen
technischer Schwierigkeiten am Donnerstag noch
nicht aufgenommen werden konnte, wurden die
Kinder nach Hause gekickt.

Der Endes ist leider nicht abbar!

In der vergangenen Woche ist der Lebens-
haltungskostenindex nach den Feststellungen des
Statistischen Reichsamtes um 0,8 Prozent
auf 1.280 „zurückgegangen“. In der Berichtzeit
trat eine Verbilligung des Spinnens um 15 Pf. und
eine Verteuerung des ausländischen Schmalzes um
4 Pf. ein.

Es ist verfehlt, aus dieser Berechnung etwa
eine Verbilligung des Lebens abzulesen zu wollen.
Während der Rückgang des Spinnpreises folgen-
gemäß zu erklären ist, muß das Steigen des
Schmalzpreises, der meist kommt von der Schweiz
abhängig ist, alarmierend wirken. Man muß be-
denken, welche Rolle das Schmalz im Arbeiter-
haushalt spielt. Demgegenüber ist es wirklich un-
bedeutend, daß der Spinat billiger geworden ist.

Düsteres vom ARV.

**Das „rote Proviandamt“
in den letzten Zuckungen**

Der ARV Halle soll demnächst die erste
Rate seines Vergleiches zahlen. Kann er
das, ist für weitere drei Monate der Bankrott
abgemacht. Kann er das nicht, ist das Ende
da. Die Ausfichten, die notwendigen Summen
aufzubringen, sind gleich Null. Der Ertrager
ist gegenwärtig nicht einmal in der Lage, den im
Verhältnis dazu verhältnismäßig niedrigen Betrag
von 2000 Mark für die laufenden
Büro- und Gasrechnungen zu zahlen.
Die ARV ist bereits dazu übergegangen, in
15 Personalfällen des ARV die Sicherstellungen
abzubrechen.

Noch mehr: Die ARV hat an die in der
Büroantennevereinigung zusammengekauften Firmen
ein Zahlungserbot erlassen, weil der Vor-
schlag, obwohl seine Mitglieder diesbezüglich bereits
mit Gefängnis bestraft sind, wieder mit um
25000 Mark an Beiträgen im Rückstand ist.
Ingenieurliche Leistungen dürften an den ARV
so lange nicht geliefert werden, bis die von der
Büroantennevereinigung, der Rasse gegenüber
oder unterliegenden Summen bezahlt sind. Arbeit-
geber sind sämtliche Einrichtungsgesellschaften
abzubrechen.

Noch mehr ist vom ARV zu melden: Von
den Wäskern haben die meisten die Unterzeich-
nung der Reserte, nach denen sie sich „freiwillig“
für eine Gruppe und das Stempelgeld zur Arbeit
bestimmen, verweigert. Ihnen ist darauf ge-
eignet worden. Eine Serie von mehr als
einem Dutzend neuer Arbeitserklärungen
liegen von der Folge sein. Dabei wird nicht
allein wegen der Entlassung, sondern auch wegen
der Sachverhältnisse von etwa 300 Mark
pro Mann gekickt werden.

Welches Durcheinander jetzt im ARV herrscht,
geht auch aus den Zuständen in Diebstahl her-
vor. Dort kam eines Tages die Koffertier
beulend nach Hause gelassen und klagte ihrer
Mutter, die gesamte ARV-Mitgliedschaft spiele
sich gegen sie auf. Man rede ihr sogar in die
Röhre hinein. Die Mutter ging mit dem Mädel
mit und fand hinter dem Schrank verstaubte
ARV-Geldscheine, die alle in „professioneller Beschaf-
fung“ machten. Allen horten Bürgermeister auf
etwas unbehaglich Steinmeyer, der der Frau
auf ihre Fragen nicht gerade höflich entgegenkam.

Nur mit Widerwillen besagt man sich mit die-
sen Zimmerkassieren, der sich noch immer „ARV“
nennt. Wir nun es nur, um die größten Schwin-
delereien, die zur Verbedung ihrer Schuld von der
Ertrager u. Co. verübt werden, zu kennzeichnen.
In den vom Licht und Wasser abgeperrten Kellern
gesteht man bei Petroliumfingeln und Kerzen-
leuchten unter. Nichts an den Schattentüren behaupten,
das bis das Herz des Sozial-
istischen Schmeißers sei. Wenn die
„Wohng“ demnächst dazu übergeht, zur Befreiung
sicher Forderungen auch der Zeiträume des
ARV. Was und Strom abzubrechen, wird man keine
Zuppen mehr togen und heuchlerisch erklären: Da
ist Nr. jetzt mocht es uns dieser Sozialist

logar unumgänglich, Euch Essen zu kochen.“ Man
spricht in seiner Jageligkeit vor dem handgegrif-
flichen Schwanzel nicht zurück.

Das in Halle gegenwärtig für den verstorbenen
„Arbeitsamt“ vertrieben befindet sich den-
falls die Kuppelung des elektrischen Stromes der
ARV, in die Schube und erneut Schmeißer auf „Schuld“ sind.

Strassen in Not!

Arbeitsbeschaffung durch Straßenbau

Spanen ist die Aufgabe des Tages: die
Hölze ist Arbeit auf allen Gebieten. Man muß
aber mit Nachdruck darauf hinweisen: es darf
keine Sparstange entstehen! Die Ein-
führung der Arbeitsbeschaffung einer momen-
tan finanziellen Entlastung gelte aber nicht so
weit gehen, daß dadurch Schäden entstehen, die
weiter das Doppelte und Dreifache der
jetzt „geparten“ Summen zu ihrer Behebung
erfordern.

Diese Gefahr besteht nach Ansicht der Unter-
nehmer- und Arbeiterorganisationen des Straßen-
bauwesens in besonderem Maße auf dem Gebiet
des Straßenbaus. In einer Entschließung
wenden sie sich energisch gegen den riesigen Ab-
bau der Ausgaben der Straßenverordnungen. In
der Zeit seit der Inkraftsetzung seiner Straßen im
Westen von vier Milliarden Mark gekürzt worden;
diese Werte müssen auch in Not-
zeiten der Volkswirtschaft erhalten bleiben.
Wenn nicht für die Pflege und die Unter-
haltung der bestehenden Straßen, die durch
den starken Kraftfahrzeugverkehr aufs äußerste be-
lastet werden, die nötigen Mittel aufgebracht
werden, so müßten die Unterhaltungen von heute
morgen in zwei- und dreifacher Höhe gekürzt wer-
den. Die Volkswirtschaft würde bei Durchführung
der geplanten Maßnahmen unermessliche Be-
schädigungen erleiden.

Es fordert wird vom gesamten Straßen-
bauwesen — jetzt liegen bereits 80 Prozent der
Straßenbauverträge still — das wenigstens die
Mittel zur Unterhaltung der bestehenden Straßen
bereitsgestellt werden. Es wird an das Gutachten
der Brauns-Rommision erinnert, das
eine Ausdehnung des Straßenbaus empfiehlt. Die
Entwürfe der Kraftfahrzeug- und Be-
triebskostenrechnungen müssen in größerem
Umfange dem Straßenbau zugeführt werden, so-
daß sich die Möglichkeit bietet, bei einer Straßen-
baumanleihe auszunutzen, die aus dem Aus-
kommen der Kraftfahrzeugsteuer zu bestimmten
Zwecken zu fließen.

**Ausbau des Reichsbanners
Eine ausregende Mitgliederveram-
mlung der Ortsgruppe Halle**

Im Volkspark fand gestern eine gutbesuchte
Mitgliederverammlung der Ortsgruppe Halle des
Reichsbanners statt. Kamerad Goops hielt
einen Vortrag über „Weltkampf um die Demo-
kратie“. Er gab zuerst einen Überblick über die
Entwicklung des demokratischen Gedankens im 19.
Jahrhundert und analysierte dann die politischen
Ergebnisse der Nachkriegszeit, soweit sie durch
Vollzugsverordnungen in den verbleibenden
Staaten zum Ausdruck kommen. Man sieht einen
Unterschied machen in der Beurteilung ausge-
sprochener Militärdictaturen, wie sie
einzelntun in den Generalen Primo und Mussolini
in Spanien und Polen errichtet worden waren
und dem rein faschistischen Regiment
des Mussolini in Italien ausgerichtet hat. Die
Militärdictaturen kimmerten sich nicht im
geringsten um die Gewinnung der breiten Massen.
Der ausgeprägten Reichsbanner dagegen verfuhr
dies durch demagogische Agitation für sich einzu-
fangen, um mit ihrer Hilfe dann allerdings die
Vollzugsverordnungen zu beseitigen. Die interessen-
Ausführungen des Redners fanden lebhaften Bei-
fall bei der Versammlung.

Zum zweiten Teil behandelte der Vorsitzende
der Ortsgruppe, Kamerad Drescher, die
nächsten Aufgaben des halleischen Reichsbanners
Gerade in der jetzigen Krisenzeit müßten alle
Mitglieder und alle republikanischen Organi-
sationen am Ausbau der Schutzorgani-
sation der Demokratie mitarbeiten. Beson-
ders auch in finanzieller Hinsicht. Es solle in
nächster Zeit der Spielmannsaus durch
Eingliederung einer Fansfarengruppe ver-
stärkt werden. Dazu gehöre aber Geld, und
Kamerad Drescher sprach die Hoffnung aus, daß die
vom Reichsbanner veranstaltete Sammlung zur
Befreiung der Mittel guten Erfolg haben möge.
Nachdem noch einige Mitglieder Eingelassen
behandelt hatten, wurde die anregende Veram-
mlung mit dem Befehl des Bundesobmannes geschlossen.

**Bestbilligte Eisenartefakten
für Eisenwerke**

sind durch Vermittlung der Arbeiterwohlfahrt
fabrik zu beziehen. Nur bei sofortiger Meldung
am Raben Gr. Marktplatz 6 kann Berücksichtigung
erfolgen.

WIR WERBEN FÜR
Bemberg Strümpfe
Bemberg „Adler“ K'Seide
Bemberg „gefa“ Wäsche
BESICHTIGEN SIE BITTE UNSERE SPEZIALFENSTER: AM MARKT, NEUNHAUSER UND BRÜDERSTRASSE
HALLER
8 CO-AG-HALLE % GROSSE STEINSTR 86/87 MARKT 21

China-Krieg in Berlin W.

Der Japaner-Besatz im „Chinesenviertel“ - Die Polizei greift ein

Postkriegerpatrouillen und bezweifelte Wiede

Kantstraße in Berlin-Charlottenburg. Hinter dem Hauptplatz, da, wo die Straßen pfingstnachts und feierlich zu werden beginnen, ist das sogenannte „Chinesenviertel“. Die fernöstliche Atmosphäre befrachtet sich auf ein paar Chinesenlokale, in denen tatsächlich, wenn auch trübselig-weise nicht ausschließlich mit Säußern gesehlt wird, und auf ein China-Rauphaus, in dem man die wunderbaren seidenen Rimonen der Himmelskinder und wieder für nicht sehr billiges Geld erschaffen kann. Aber dieses China-Rauphaus, das auch bunte chinesische Handarbeiten, „Koran-Bonges“ und „Kimon-Bonges“ anbietet, lebt, insofern es die Kaufleute angeht, mit dem Herzen in Mittelamerika. Es ist nämlich Lieferant der besten Bekleidungsgegenstände.

Auch um diese grünlichgeoponeten Inseln der Berlin lebenden Chinesen brandet die Sturmflut des blutigen japanisch-japanischen Konflikts. Die Güte der Chinesenlokale, meistens Eindrücke, die der Fremdenangenehmheit, haben in diesem Lager eine Botschaftsbewegung gegen die Japaner inszeniert, die den China-Wirten alle andere als angenehm ist. Denn sowohl im Tientsin-Restaurant, das dem Wirtler Ho Kai Kom gehört, als auch im Tse-Han-Restaurant des Wirtlers Chen, der liberal genug ist, seinen Gästen nur Hot Chin, der echten chinesischen Salzwurst, auch Hamburger Wurstbrot zu offerieren, kamen

höher Japaner und Chineser mehr oder weniger einträchtig zusammen.

Da jedoch das Hauptzentrum der Güte natürlich Chinesen stellen, so führte die an sich begründete Empörung der Kaufmanns-Extranten über den Konflikt der japanischen Kolonialisten auf die Manufaktur bald zu vier wütenden Schüssen. Am Dienstag und Mittwoch konnte man an den Schaufenstern der China-Restaurants die Befehlsbefehle lesen: „Japaner werden hier nicht mehr bedient.“ Die Wirtler handelten unter einem gewissen Druck der chinesischen Geschäftler, als sie die Kriegserklärungen in die Fenster hängten.

Nun geht schließlich die Berliner politische Polizei ein, die natürlich nicht dulden darf, daß sich der Krieg in der Manufaktur in einen feinen, feindlichen in Berliner Westen fortzusetzen beginnt.

Auch wenn es hier nicht um Eisenbahnen, sondern nur um Fleischhaken geht - Krieg ist Krieg. Hier wird wurde gewissermaßen als der Hauptpostort auf Polizeipatrouillen beobachtet: man sagte ihm, daß die Polizei in den Plätzen eine Anweisung zum Abstellen sah; die chinesischen Lokale würden der deutschen Besatzung unterworfen, sie hätten sich ihr zu fügen. Ferner seien wurde weiter gesagt, daß mit der Schließung der kriegerischen Lokale rechnen müsse, falls er und seine Kollegen die aufreißenden Platte nicht entfernen. Daraufhin belamen es die Chinesenworte mit der Angst zu tun. Sie nahmen die Kriegserklärungen aus dem Schaufenster heraus.

Große Aufregung kam bei den chinesischen Einwohnern. Sie versammelten sich zwar in der Chinesenlokale, dachten aber gar nicht daran, ihren Reis und ihr Gut zu verzehren, sondern beobachteten erregt. Das Ergebnis der Debatte war der Beschluß, die Stammtische so lange zu meiden, bis der Kriegszustand aufgehört hat. Dieser Beschluß wurde sehr streng organisiert, Postpatrouillen kontrollieren die Geschäftstätten und sozialdarwinistische Chinesen werden im Interesse der gemeinsamen Sache bringend ermahnt, sich der Botschaftsbewegung anzuschließen.

Die Wirtler jammen und gebreden sich den Kopf

darüber, wie sie sich ihre verlorenen Einnahmequellen wieder zurückerobern können. Herr Chen hat sich an die chinesische Geschäftler gewandt, um von Berliner Polizeipatrouillen die Zurücknahme des Platzverweises zu erreichen; er möchte gern die Kriegserklärung wieder ins Fenster hängen. Ein entsprechendes Ergehen der chinesischen Geschäftler möchte über die Manufaktur Amt gestellt werden; aber weder bei dieser noch bei jener Stelle scheint viel Neigung zu bestehen, den Kaufleuten Rückendeckung der Chinesenworte zum Konflikt zu werden zu lassen. Vorläufig hat die chinesische Geschäftler sich gar nicht an Auswärtige Amt gewandt.

Auch hier beobachtet sich die alte Erfahrung: die Welt der Krieger ist nicht nur die Menschen, sie trägt auch ihren Verlust.

Großfeuer im Frankfurter Dthhafen

Im Frankfurter Dthhafengebiet brach gestern in dem Lagerhaus einer Brauereigesellschaft ein Großfeuer aus, das leicht schwere Folgen hätte haben können. In der unmittelbaren Nähe des Schuppengebäudes nämlich zwei mit Benzol gefüllte Eisenbehälter, die im letzten Augenblick von Bahndienern, die den Brand entdeckt hatten, weg-

gehoben wurden. Zwei Zogerhäuser mit leicht verunreinigtem Inhalt fließen dem Brande zum Opfer. Die mit mehreren Sägen erlöschener Feuerwehre konnte den Brand nach stundenlanger Tätigkeit niederzupfen und ein Überbringen auf ein benachbartes offenes Lager aller Anstreifen verhindern. Als Ursache wurde Brandstiftung vermutet.

Bereiteter Sprengstoff-Anschlag

In Stolberg bei Hagen wurde ein Sprengstoff-Anschlag auf die Wita des bekannten Drogenhändlerbrüder Hym und auf einen Eisenbahnwagentzug vorbereitet. Auf einem Berlede aus demselben ein Schmutzler ein Gefäß von zwei unbenannten Männern, die sich über die Ausführung eines von ihnen geplanten Mordattentats unterhielten. Die beiden Fremden, die trotz ihrer

angenehmer Bekleidung nicht mehr gefast werden konnten, liehen eine Rüte zurück, die ein mit Sprengstoff gefülltes an beiden Seiten zusammengeklebtes Eisenrohr mit 60 Millimeter Längsmaß, zwei Zündschnüre, ein Reagenzglaschen mit einer in Salze eingetauchten Sprengstoffeisen mit sehr scharfen Patronen geladener Zometrotzener und ein feines Seitengerät.

Raubüberfall auf ein Wirthshaus

Drei maskierte Räuber drangen gestern abend in das Wirthshaus Widdede an der Nahe ein. Nachdem sie den Wirthler, seine Bedienten und ein Dienst mädchen gefesselt hatten, schleppten sie drei Mannen in ähnlicher Ueberfall auf das Wirthshaus in der Gemeinde Gerkenoth bei Bensberg heran, wo es liegt die Vermutung nahe, daß es sich um die gleiche Räuberbande handelt, die unjähig gemacht. Die Eindreher erbeuteten im

Wirthshaus eine Geldsumme, deren Höhe bisher noch nicht festgestellt werden konnte, zwei Pistolen und vermuthlich auch verschiedene Wertgegenstände. Wie gemeldet, wurde am Montagabend von drei Männern ein ähnlicher Ueberfall auf das Wirthshaus in der Gemeinde Gerkenoth bei Bensberg verübt, wo es liegt die Vermutung nahe, daß es sich um die gleiche Räuberbande handelt, die unjähig gemacht. Die Eindreher erbeuteten im

Furchtbare Wibelsturmverwüstungen auf Honduras



Trümmer eingestürzter Häuser in Belice (Britisch-Honduras). Ein furchtbarer Wibelsturm, begleitet von einer ungeheuren Springflut, verheerte kürzlich, wie gemeldet, Britisch-Honduras. Mehr als tausend Menschen haben den Tod. Die Stadt Belice wurde in einen Trümmerhaufen verwandelt.

Die Revolution der „Unständigen“

Neurot läßt sich die Verbrecherhaftigkeit nicht mehr gefallen

Die Inseln-Tropenwelt ist in Bewegung geraten. Die Revolution der Unständigen richtet sich gegen die Unterwelt. Die ungläubigen Vorfälle, die sich Ende August in Neurot abspielten, haben, als sich Polizei und Verbrechertum in den Straßen der Stadt Schlangen blickten, haben das Volk vollkommene Besten sich doch unter den Dofen möglichst schleichend, Borken als Angehörige der besten Kampfbereiten Parteien. Sogar die Kinder wurden nicht verschont, ein fünfjähriger Junge und ein wehrloses Mädchen blieben tot am Platz.

20 000 Neuroter protestierten dieser Tage in Madison Square Gärten gegen die Schande ihrer Stadt; 35 000 wurden wieder umkehren, da kein Platz mehr für sie vorhanden war.

Der Raubzug verbreitete die Reben des Abends über das ganze Land. Zu Beginn zogen 2000 Angehörige der Nationalgarde in den Kampf ein, eine riesige Armee die Nationalgarde, und der Vorherrscher der ehemalige Staatssekretär Colby, der mit einem drohenden Gemeinwohl am Rande. Eine feierliche Stille trat ein, Colby erinnerte an die beunruhigenden Ereignisse, die unter der Herrschaft der Unterwelt herrschen vorzuziehen hätten, daß Neurot keine friedliche Stadt mehr sei. „Wir leben“, so sagte der Staatssekretär.

In einer Area der Gewalt und unter der Herrschaft des Verbrechens. Es liegt klar genug, daß der Zusammenschluß der Autorität und die moralische Unfähigkeit der Polizei, diesen Ständen zu steuern, die behaglichen Folgen jenes unnatürlichen Willkürs herbeiführen, das die lokalen Behörden mit dem Verbrechens eingegangen sind.

Durch die Schamlosigkeit und Rücksichtslosigkeit, die er in seinem öffentlichen Auftreten an den Tag legt, hat er gewisslos dazu beigetragen, daß sich das moralische Niveau unserer Stadtverwaltung immer mehr senkt hat. Die 20 000 Polizisten, die vor in Neurot waren, könnten in 48 Stunden sämtliche „Arbeits“ und alle Schutzposten der Stadt verlassen, wenn sie dürfen.“ Der Redner verlangte daher für den Chef der Polizei jedwede Handlungsfreiheit und die aufrichtige und völlige Unterstützung von Seiten des Bürgermeisters.

Wenn Polizeichef oder Bürgermeister versagen, werden die Unruhen immer einseitiger, der dem Befehl das Recht hat, den einen wie den anderen „aufzuhängen“.

Während Reay, der die Neuroter Ordnung der Amerikanischen Legion führt, sprach mit gleicher Schärfe. Er bot den Behörden die Unterstützung von 10 000 Soldaten an, wenn sie sich als, als der Redner mitteilte, er sei, ebenso wie Staatssekretär Colby, von dem Verbrechertum mit dem Land befreit worden, wenn er an dieser Bewegung teilnahme.

Die Veranstaltung verriet die gefährliche Hand eines ausgeklügelten Propagandisten.

Auf der Straße sahen zwei Frauen in feiner Trauer, die totenähnlichen Mütter der gebliebenen Kinder deren Mordmörder den Publikum gezeigten. In einer dramatischen Anrede besaß der General Butler seine Zuhörer, „vor Wut zu beissen, im Gebotenen in die Wölfe, in der die Stadt verfallen sei.“ Auch die wichtige Rolle für die die Amerikaner in empfänglich sind, während mit. Ein Redner sprach gegen die Mächte des Bösen in feierliches Gebet, nach ihm klangen ein Robinson und ein Vater unter Orkanen des Befalls die Behörden an, der politischen Korruption und der Schamlosigkeit der Verbrechertum anständig zu sprechen. Sogar von Auf tragen ein eigens für diesen Abend komponiertes Lied vor: „Able, Herr Räuber“, das eine patriotische Hymne, die von der Menge begeistert mitgesungen wurde.

Unter dem Eindruck der allgemeinen Begeisterung sah die Polizeidirektor Callahan nach am selben Abend fünf Offiziere des telephonischen Befehl, sofort die bekanntesten Verbrecher zu verhaften. Diese waren am Abend so unvorsichtig gewesen, auszugehen. Da die Polizisten an diesem Tag ausnahmsweise den Befehl hatten, ihre sonst geschlossenen Augen offen zu halten, gelang es im finsternen Freit.

70 Prominente der Unterwelt blühten zu machen. Auf Befehl des Präsidenten Hoover nahmen die Mitglieder des Service Secret sofort die Zusammenarbeit mit der Neuroter Polizei an. In Washington wurde eine Expedition von 120 000 Dollars bewilligt, die die Polizei auf dem furchtbaren, von ungenutzten Motorwagen, Automobilen und Radiogert und Waffen alle Art auszurüsten.

Heimkehr der deutschen Grönland-Expedition



Von links nach rechts: Dr. Georg, Peter Reuschen und Dr. Sarge bei der Ankunft in Kopenhagen.

Nach unendlichen Mühen ist die deutsche Grönlandexpedition nach Kopenhagen zurückgekehrt. Ihr Führer aber der deutsche Prof. Georg Wagner, fand bei seinem fähigen Unternehmen den Tod in der grönländischen Eiswüste.

Callos Zauberstachel

Das neue Hilfsmittel gegen Fälschungen

Ein bescheidener junger Mann, den wir neulich im Wäde zeigen, stellt sich als Herr Alexander Callos vor, seines Reiches Wirtler, moonhoff in der Nähe von Berlin. Sein Verdienst ist eine Menge gefundene zu haben, durch die die im Lagerhof enthaltenen ultravioletten Strahlen ohne künstliche Lichtquelle verwertbar gemacht werden können, und zwar durch eine besondere Glaslinse.

Das „Callophane“.

Alexander Callos zeigt uns eine Art Strohstachel, ungefähr Zentimeter lang, fünfzehn breit und drei hoch. „Callophane“ heißt auf einem Schilde am Rand. Die Schadel wird hochgeklappt, jetzt kann man sie mit der einen Seite an die Augen halten, so sieht, daß nur durch eine mehrschichtige Linse, violett schimmernde Scheibe im Fessel Licht in den Kasten fällt. Die Gegenstände, die gepreßt werden sollen, werden in den Kasten hineingelegt; aber, wenn sie zu groß sind, wird ein Stück Waden des Kasten herausgenommen und das „Callophane“ auf den zu prüfenden Gegenstand aufgelegt. Wir gehen mit dem Kasten zum Fenster; das Licht des trüben Herbsttages genügt. Sonne ist nicht nötig.

Ran können die Prüfungen beginnen.

Zuerst soll Herr Callos zwei Nehmamischeine aus der Tasche. Der eine wurde ihm von einer Bank zur Begutachtung übergeben. Wir blöhen einen Blick in den Kasten. Sie werden in den Kasten gelegt; und man sieht plötzlich zwei gründer, veränderte Farben; der eine Schein ist hellgrün, und deutlich erkennbaren Wasserzeichen. Der andere aber ist dunkelbraun, die Wasserzeichen sind nicht zu sehen. Dieser Schein ist falsch.

Wirtler der Fälscherpreise.

Als nächstes kommen ein paar Wader von Fälscherpapieren an die Reihe, die zum Fälschen sehr unwillig. Mit blosem Auge sehen alle Groben wie aus; unter den ultravioletten Strahlen leuchtet plötzlich ein ganzes Buft auf; rot, grün, gelb - je nach der Qualität. Herr Callos hält ein jedes angeführte Verfaßten stellt die Prüfer die Probe, so dieses oder jenes Material ergaht, von wem es hergestellt worden ist.

Ran kommen Latexproben an die Reihe; die einen sind richtig, die anderen nicht. Dann folgen zwei Sorten Ciernubeln, scheinbar aus demselben Holz gemacht; erst der Blick ins Callophane zeigt ganz verschiedene Farben. Die eine Sorte Ciernubeln ist nämlich - ohne Ver begünstigt worden! Also auch Lebensmittelfälschung läßt sich durch nachweisen. Wir sehen einen verpackten Brief; im Callophane stellt sich heraus, daß das Siegel aus zwei verschiedenen Läden besteht. Der Brief ist also geöffnet und wieder verpackt worden.

„Vorlicht“ - Schwindler!

Ein leeres Blatt Papier zeigt im Callophane eine violette Schrift: „Vorlicht, der Mann ist ein Schwindler!“ - Callo beruht sich die Verwendung so, daß beratige Bemerkte nötigenfalls im Verber von Pant zu Pant an den Scheids als Gebeimnis gemacht werden, um vor dem Windler zu warnen.

Es läßt sich nicht entfernt jede Möglichkeit des neuen Apparates aufzählen. Die Kriminalpolizei kann ihn am Labor, der Staatsanwalt oder Verberber vor Gericht, der Sammler zu Saule, der Wissenschaftler im Laboratorium verwenden. Doch dies nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch möglich ist. Welche der Bräut des Callophane, das nur 30 M. kosten wird. Und das ist die Hauptstärke!

Das Callophane ist bereits im Berliner Polizeipräsidium in Betrieb;

das preußische Innenministerium hat in einem Erlaß alle Polizeistellen auf den Apparat hingewiesen. Das Reichspostamt, das Kriminalgericht, eine Reihe von Banken erhält dieser Tage ihre Apparate. Herr Alexander Callos hat schon wieder weitere Briefe. Er will als nächstes eine „Wunderbrille“ erfinden, die man nur aufsetzen braucht, um die Welt in echt und unecht getrennt zu erblicken. Das wäre dann gewissermaßen die „Brille der Erkenntnis“.

Nach. Heute gegen 1 Uhr früh wurde in einem Treppenhaus in der Rheinstraße in Schöneberg die Plünderer Eilhaber erschossen aufgefunden. Der Täter ist nach der Tat geflüchtet.

